



interface (Hg.)

WiderstandsBewegungen

Antirassismus zwischen Alltag & Aktion



Assoziation A

Mag Wompel **Rassismusfreie Zone?**

Gewerkschaften zwischen Antirassismuskampagnen und Standortsicherung

In den letzten Jahren haben einige Studien die deutsche Gewerkschaftswelt erschüttert, die belegten, dass Gewerkschaftszugehörigkeit und Neigungen zum nationalistischen Gedankengut oder extremen rechten Parteien sich keinesfalls ausschließen.

Im März 2000 erschien der Bericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus, deren Einrichtung 1998 auf dem 16. Bundeskongress des DGB beschlossen wurde. Bereits in der Debatte auf diesem Kongress wurde darauf hingewiesen, dass es sich beim Rechtsextremismus nicht mehr um ein den Gewerkschaften äußerliches Phänomen handelt, sondern dass sie davon selbst betroffen sind.

Die Kommission konstatiert den Wohlstandschauvinismus als Folge »einer Überidentifikation mit den deutschen Wirtschaftsinteressen« und damit eine Mitverantwortung der Gewerkschaftspolitik an chauvinistischen, ausgrenzenden Einstellungen: »Die Gewerkschaften werden sich nun fragen müssen, ob sie nicht die Konfliktpotentiale einer multiethnischen Gesellschaft ebenso unterschätzt haben wie die aushöhlende Wirkung von Modernisierungsprozessen auf Solidarstrukturen und die kollektive Identität ihrer Mitglieder. Im Übrigen sind sie dieser Entwicklung durch den Wandel von traditionellen Wertegemeinschaften zu modernen Dienstleistungsorganisationen gefolgt. Dadurch mag es gelungen sein, die Gewerkschaften als starke Solidargemeinschaften zu erhalten. Die Umstellung der Mitgliedermotivationen von Gemeinschaftsgefühlen auf Nutzenkalküle erweist sich für die Ausprägung der Sozialbeziehungen in Betrieb und Gesellschaft zunehmend als zweischneidiges Schwert.« (DGB 2000: 27) Ihr Fazit lautet: die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln müsse als eine strategische Zukunftsaufgabe begriffen werden. Dazu wurde die DGB-Bundesvorstandsverwaltung beauftragt, eine Projektgruppe einzurichten. Sie hat die Aufgabe, bundesweit die Entwicklung des Rechtsextremismus weiter zu beobachten, bisherige gewerkschaftliche Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus zusammenzufassen und Informationsmaterial zu entwickeln, das betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionärinnen und Funktionären zur Verfügung gestellt werden kann. Die Abkehr von der wettbewerbsorientierten Betriebs- und Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften wird allerdings nicht ins Auge gefasst.

»Junge Gewerkschafter sind anfälliger für rechte Orientierungen als Nicht-Mitglieder«, so das Resümee einer Studie von Infratest dimap von 2001. Darin heißt es, dass junge Gewerkschaftsmitglieder in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zu 32 Prozent dazu

neigen, rechtsextrem zu wählen, unter allen gleichaltrigen Befragten aber nur 17 Prozent. Diese Schere schließt sich, je älter die Befragten werden. Ab 45 Jahren gehören sowohl sieben Prozent aller Befragten wie sieben Prozent der Gewerkschafter zum rechtsextremen Wählerpotenzial, erst ab 60 würden weniger Gewerkschafter rechtsextrem wählen als unter allen Befragten (drei zu vier Prozent). Neueste Peinlichkeit: Bei der Landtagswahl 2004 im Saarland wählten mit neun Prozent überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder die NPD, die insgesamt unter fünf Prozent blieb (vgl. ND vom 24.09.2004).

Diese Ergebnisse erscheinen erstaunlich angesichts der Tatsache, dass die Ursprünge der Gewerkschaftsgründungen in den Anfängen und ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts durchaus internationalistisch waren. Nach der Erfahrung der Verfolgung im Nationalsozialismus hatte ab 1945 der Antifaschismus bei den DGB-Gewerkschaften einen herausragenden Stellenwert. Dies jedoch eher »als »Papiertiger« denn als gelebte gewerkschaftliche Alltagskultur gegen Rassismus und Rechtsextremismus, abgesehen von so erfolgreichen Aktionen wie der Gelbe-Hand-Kampagne der DGB-Jugend oder einzelnen Initiativen in der Bildungsarbeit und auf örtlicher Ebene.« (Ptak/Virchow 2001) Mit zunehmendem Ausbau nationaler Strukturen und wachsender Verbtrieblung gewerkschaftlicher Arbeit wurden faktische internationale Solidaritätsaktionen zunehmend von NGOs und Soli-Bewegungen, die ja auch von Gewerkschaftslinken getragen werden, übernommen (vgl. Van der Linden 2004).

Der Vorwurf in den Belegschaften lautet oft immer noch: »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«. Dieses Vorurteil hält sich hartnäckig, obwohl MigrantInnen zu 50 Prozent mehr von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als die deutschen KollegInnen, obwohl MigrantInnen Jobs verrichten, die Deutsche nicht machen wollen und nur diese Jobs übernehmen dürfen und obwohl MigrantInnen mittlerweile eine nicht zu unterschätzende Rolle als ArbeitgeberInnen spielen und obwohl MigrantInnen in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich vertreten sind. Dieses Vorurteil geht Hand in Hand mit einer ausgrenzenden arbeitsmarktpolitischen Rechtsprechung einher, gegen die sich die Gewerkschaften kaum aussprechen. Vorurteilsbeladene Einschätzungen und ausgrenzende Rechtsprechung verstärken sich damit gegenseitig: »Die staatliche Strategie der Abwehr und der Kontrolle kann dabei mit einem nicht zu unterschätzenden rassistischen Ressentiment kooperieren, welches gerade unter dem verschärften Druck der allseitigen Konkurrenz zwischen den Individuen aufbricht.« (Lewed 2004).

Dies sind allerdings keine neuen Erscheinungen, die durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bedingt wären. Früher war einerseits die Segmentierung des Arbeitsmarktes weniger

ausgeprägt und der ›blühende‹ Fordismus erlaubte es den Gewerkschaften, tarifliche Absicherung von ArbeitsmigrantInnen durchzusetzen und diese relativ gleichberechtigt in die Gewerkschaften zu integrieren. Allerdings geschah das nicht immer aus purer Solidarität, sondern oft auch aus Angst vor Billigkonkurrenz. »Faktisch wurde das Prinzip ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‹ oftmals unterwandert, indem die Betroffenen in niedrigere Lohngruppen eingestuft wurden, ohne dass die Gewerkschaften dem viel Widerstand entgegensetzten.« (iz3w 1998; siehe auch: Titus Engelschall in diesem Buch).

Zu diesem Alltag gehörte schon immer, dass ausländische ArbeitnehmerInnen stärker von Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Ausbildungsstellen betroffen sind, in höherem Umfang gering qualifizierte Arbeiten durchführen (unabhängig von ihrer Qualifikation) und die schwereren und dreckigeren Arbeiten verrichten müssen.

Bleibt man auf seine Klientel beschränkt und auf die Nation fixiert, müssen die Ziele zwangsläufig ›wir zuerst‹ lauten. So führte auch die Französische CGT in den achtziger Jahren eine Kampagne ›französisch produzieren‹ durch und noch Ende der neunziger war selbst bei der us-amerikanischen Gewerkschaftslinken ›buy american‹ durchaus toleriert. Heutzutage ist es geboten, laut gegen Rassismus einzutreten (auch – und sogar glaubwürdig, da interessengeleitet – in den Arbeitgeberverbänden), Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung abzuschließen und Bildungskampagnen zu starten. Doch dicht unter der Oberfläche lauert der Rassismus und Chauvinismus, auch in den Gewerkschaften, wie durch einige Beispiele verdeutlicht werden soll.

Gewerkschaftliche Ausgrenzung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit

EU-Osterweiterung Die Politik der Gewerkschaftsführungen zeichnete sich schon immer aus durch eine Dualität von kämpferischen Verlautbarungen sowie pragmatischem Tagesgeschäft, an dem sie gemessen werden muss. So auch hinsichtlich der aktuellen Osterweiterung der EU. »Unser Europa – frei, gleich, gerecht«, so lautete das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2004. Im Aufruf heißt es dazu: »Europa, so wie wir es wollen, gleicht die Lebensbedingungen der Menschen Schritt für Schritt auf hohem Niveau an.«

Und die Praxis? Die deutschen Gewerkschaften haben – wie auch der ultrarechte Jörg Haider – zusammen mit den meisten der großen Gewerkschaften der EU zur Abwehr eben dieses ›Sozialdumpings‹ Übergangsfristen bei der Herstellung der Freizügigkeit für KollegInnen aus den Beitrittsländern durchgesetzt. Anstatt gegen Stundenlöhne von zirka zwei Euro wie in Lettland oder von knapp über drei Euro wie in Estland gemeinsam mit den dortigen Gewerkschaften zu kämpfen, anstatt sich für gesetzliche Mindestlöhne

und ein Vergabegesetz einzusetzen und damit die internationale Konkurrenz der Lohnabhängigen abzdämpfen, versuchen die Gewerkschaften sich diese ›Konkurrenten‹ auf dem Arbeitsmarkt möglichst lang vom Leibe zu halten. Mit diesem ausgrenzenden Verhalten blieben die EU-Gewerkschaften hinter den Vereinten Nationen zurück, die immerhin den Schutz der Rechte von WanderarbeiterInnen vorsehen, auch wenn kaum ein Land diese Konvention unterschrieben hat. Anstatt osteuropäische Gewerkschaften in den Kämpfen um Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterstützen, gab es einen Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes zur Übernahme des Schmuse-Modells des ›sozialen Dialogs‹ und der ›Sozialpartnerschaft‹ mit der Kapitaleseite in den Beitrittsländern. Die mit den Beitrittskriterien erzwungene Privatisierung ging jedoch einher mit dem Wegfall staatlicher und betrieblicher Vorsorge, mit Deregulierung und Entsolidarisierung – und das teilweise durchaus ›sozialpartnerschaftlich‹, also mit zustimmender Beteiligung der Gewerkschaften.

Als charakteristisches Beispiel für die Haltung der deutschen Gewerkschaften mag die Positionierung der IG BAU zur EU-Osterweiterung reichen. Neben der Forderung: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort«, setzte sich die IG BAU zum »Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie zum Aufbau legaler Arbeitsstrukturen auf der Rechtsgrundlage eines europaweiten Arbeits- und Sozialgefüges [...] in der Bauwirtschaft, Gebäudereinigung und -management, Entsorgung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau« für eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein. Diese sollte mindestens zehn Jahre gelten – drei Jahre mehr als der von der Bundesregierung unterstützte Antrag (vgl. IG BAU 2000).

Die Angst vor Lohn- und Sozialdumping mag verständlich sein, die Lösung allerdings in der Ausgrenzung des Problems zu suchen, bringt den gesamten DGB (Ostdeutschland braucht Innovation statt voreiligen Zuwanderungsaktionismus, Presseerklärung des DGB vom 20.02.2001) in gefährliche Nähe zur extremen Rechten, die gegen die Osterweiterung mobilisiert und so die Angst vor der Billigkonkurrenz aus dem Osten schürten, die bereits jetzt in vielen Betrieben zu spüren ist (Ptak/Virchow 2001).

Die Debatte um die *greencard* Auf die *greencard* – die Hilfe Schröders für die nach qualifizierten Arbeitskräften schreiende IT-Branche – folgte eine ›klassische‹ Antwort der Gewerkschaften. Im Chor mit der CDU forderte der DGB bessere Ausbildung für deutsche ArbeitnehmerInnen und höchstens fünf Jahre Aufenthalt, während ver.di auf – deutsche! – arbeitslose ältere Fachleute verwies. Und dies, ohne politische und gesellschaftliche Rechte für die *greencard*-KollegInnen zu fordern.

Die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer warnte beispielsweise

Anfang April 2000 wörtlich vor einem »zu großen Öffnen der Schleusen« und forderte klare »Abgrenzungskriterien«. An einer gesetzlichen Arbeitsmarktprüfung und dem Vorrang inländischer Arbeitskräfte müsse ebenso festgehalten werden wie an einer Prüfung der Qualifikation und der Begrenzung der *greencard* auf Hochqualifizierte (Presseerklärung des DGB vom 7. April 2000).

Einerseits gibt es die Ausbildungsmisere und die berechtigte Angst der Gewerkschaften vor dem Anliegen der Unternehmen, die *greencard*-KollegInnen zum Lohndumping und der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse zu missbrauchen. Die richtige, solidarische Antwort der Gewerkschaften hätte allerdings in verstärkter Organisation der ausländischen KollegInnen sowie in der Darstellung (und Weiterentwicklung) gewerkschaftlicher Positionen zum gegenwärtigen Ausländer- und Asylrecht und zum Arbeitsverbot für Flüchtlinge bestehen müssen. Wenn Schröder und Schily zwischen Zuwanderung, die die Sozialkassen belastet, und derjenigen, die den wirtschaftlichen Interessen entspricht, unterscheiden, so differenzieren die Gewerkschaftsfunktionäre nach der Lage des Arbeitsmarktes.

IG BAU und die ›Schwarzarbeit‹ *Ohne Regeln geht es nicht!* – Die Kampagne der IG BAU gegen »Lohndumping und illegale Beschäftigung« schlug hohe Wellen. Vor allem die telefonische *Meldestelle gegen Lohndumping & illegale Beschäftigung* sorgte für breite Diskussion darüber, welche Form der ›Mitarbeit‹ da von den KollegInnen verlangt würde: »Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt erweitert ihre Mobilisierungskampagne *Ohne Regeln geht es nicht!* und ruft zur aktiven Mitarbeit auf: Ab sofort ist eine Meldestelle Lohndumping und illegale Beschäftigung eingerichtet und die Telefone freigeschaltet.« Entsprechend führte das *LabourNet Germany* die Debatte unter der Fragestellung »IG BAU organisiert Blockwarte?« und verbreitete die Kampagne *Meldestelle lahm legen*, die ihren Aufruf zur Sabotage wie folgt begründete: »die Denunziation von illegalisierten ArbeitnehmerInnen trifft wieder einmal die Schwächsten und nicht die eigentlich Verantwortlichen, führt zur Entsolidarisierung unter den KollegInnen und zur Abschiebung tausender unschuldiger Menschen. Wir fordern einen weltweiten, gesetzlichen Mindestlohn für alle Menschen, ArbeitnehmerInnenschutzrechte für Illegalisierte und in einem weiteren Schritt die vollständige Amnestie. Nur damit werden den ArbeitgeberInnen ansatzweise die Mittel für Lohndumping und Unterdrückung entzogen.«

Innergewerkschaftlich gab es allerdings Kritik. Als Antwort auf das Kampagnenmotto *Ohne Regeln geht es nicht!* zirkuliert innerhalb der IG BAU seit Juli 2004 ein mehrseitiges Diskussionspapier *Unsere Regeln taugen nichts!* In diesem fordern aktive Bau-GewerkschafterInnen dazu auf, das Scheitern der Kampagne einzugestehen und Konsequenzen zu

ziehen (vgl. Harning/Maurer 2004). »Wir wenden uns darin in deutlicher Form gegen Form und Inhalt unserer laufenden Kampagne *Ohne Regeln geht es nicht!* und fordern eine Diskussion ein. [...] Unserer Ansicht nach werden wir die kommenden Jahre politisch nicht überstehen, wenn wir uns nicht auf unsere Wurzeln – die Internationale Solidarität – zurückbesinnen. [...] Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der – in der Regel deutschen – »Legalen« abgeführt werden. »Ausländer raus« braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm der Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner.«

Die AutorInnen des gewerkschaftlichen Diskussionspapiers fordern deshalb eine Rückbesinnung auf die Prämissen internationaler Solidarität. Sie betonen: »Die Kampagne *Ohne Regeln geht es nicht!* steht dem Gewerkschaftsgedanken entgegen. Sie ist falsch.« Sie fordern von ihrer Organisation, sich stattdessen gemeinsam mit den von Lohndumping betroffenen Kollegen ebenso wie mit Flüchtlingsorganisationen für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Einige Bezirke und Personen kooperierten ja durchaus schon mit antirassistischen Gruppen und bemühten sich um faktische Kooperation in den so genannten Entsendestaaten.

Die Kritik war sicherlich nicht ohne Einfluss auf den Entschluss zur Gründung des *Europäischen Verbandes der Wanderarbeiter* im September 2004 durch die IG BAU. Zusätzlich hatte sich erwiesen, dass die Kontrollen der Hauptzollämter (mitunter gemeinsam mit der IG BAU) auf Baustellen, zur Bekämpfung des Problems ungeeignet sind. Der Verband soll, zusammen mit internationalen MitarbeiterInnen, die WanderarbeiterInnen organisieren und ihre Interessen in Deutschland vertreten. Neben der Durchsetzung der gesetzlichen und tariflichen Rechte und geplantem Abschluss eigener Tarifverträge sollen die Aktionen ausdrücklich die Dumping-Unternehmer treffen und der Verband auch Menschen ohne Papiere offen stehen.

Doch auch hier zeigt sich die IG BAU ambivalent. Einerseits versucht man mit einem Rundschreiben vom 12.07.2004 unter dem Titel *Sprachgebrauch und Prioritätensetzung im Zusammenhang mit illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit* den Vorwürfen zu widersprechen, andererseits wurde die Denunziationskampagne fortgeführt. Damit zeigt die IG BAU wie tief verwurzelt sie sich dem Obrigkeitsstaat verpflichtet fühlt und aktiv die eigene Rolle als Ordnungsfaktor ausführt, der nicht scheut auch mit den Landeskriminalämtern zusammenzuarbeiten.

Gewerkschaften zwischen Internationalisierungsgebot und betriebswirtschaftlicher Standortsicherung

Die genannten Beispiele zeigen die aktive Rolle der Gewerkschaften bei der Ausgrenzung ausländischer KollegInnen und damit ihre aktive Teilhabe an der staatlichen Diskriminierung. Dies schließt natürlich antirassistisch engagierte Mitglieder und Anstrengungen gegen Rassismus innerhalb der Gewerkschaft nicht aus, doch müssen diese teilweise gegen die Politik ihrer Gewerkschaftsführungen ankämpfen. Da es immer noch keine gewerkschaftlichen Kampagnen für arbeitsrechtliche Gleichsetzung von MigrantInnen, für Legalisierung und gleiche soziale Absicherung gibt, stellt sich die Frage, ob es nicht durchaus passt, wenn MigrantInnen nur Arbeitsplätze bekommen können, die keine deutschen KollegInnen wollen. Angesichts der mittlerweile verschärften Zumutbarkeit wird sich diese Konkurrenz eher verstärken, weshalb nach Gründen für diese menschenverachtende Politik gesucht werden muss.

»Standortpoker heißt immer auch Arbeitsplatzpoker. Die Herrschenden verstehen es sehr gut, ihre Interessen in Sachzwänge zu kleiden. »Meinungen sind wie Nägel: Je mehr man auf sie einschlägt, desto tiefer dringen sie ein«, so ein chinesisches Sprichwort. Das Prinzip der Konkurrenz ist tief in die Köpfe der Menschen eingedrungen. Auch die Gewerkschaften, die für eine internationale Perspektive stehen wollen und müssen, sind vom Standortwahn wie von einem Virus infiziert. Die Standortideologie und eine auf finanzielle Interessen reduzierte Gewerkschaftspolitik, einhergehend mit mangelnden Zukunftsperspektiven, hinterlassen bei der gewerkschaftlichen Klientel Spuren und begünstigen die Gefahr eines ausgeprägten Alltagsrassismus und Wohlstandschauvinismus.« (Hahn 2000)

Integration der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat, Standortideologie und Wettbewerbskorporatismus stehen wirklich wirksamen Antirassismuskampagnen entgegen, denn sie fördern automatisch Ausgrenzungen und Hierarchisierungen. Verbale Forderungen nach einer europäischen (!) Sozialpolitik, nach Internationalisierung der Gewerkschaften und ihrer Arbeit und viele Bildungs- wie Aufklärungskampagnen nützen gar nichts, wenn gleichzeitig Schröders Weg zur aggressiven Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mitgetragen wird.

Dafür müssten die Gewerkschaften aber die längst überfällige Debatte, um eine Gesellschaftsordnung, die nicht über Lohnarbeit definiert wird, aufgreifen. Samt der Infragestellung von Leistungs- und Nützlichkeitsprinzip. Denn: Arbeitsplatzfixierung hebt jede Solidarität und Internationalismus aus. Solange die Angst um jeden Arbeitsplatz die Köpfe beherrscht, sind aggressive Kampagnen gegen die bekanntesten Dumping-

betriebe, zur Rufschädigung und Schließung derselben, ausgeschlossen. Auch Euro- und Weltbetriebsräte, die um jeweils ihren Standort kämpfen, spiegeln diese Logik.

»Das Eintreten für einen starken ›Standort Deutschland‹ im internationalen Konkurrenzkampf ohne die Thematisierung internationaler Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse und ihrer Folgen für die Menschen außerhalb der kapitalistischen Wirtschaftszentren ist ein ungewolltes, aber gleichwohl vorhandenes Scharnier für die rassistische Ideologie rechter Gruppen und Organisationen: ›Arbeit zuerst für Deutsche‹. Eine kritische Diskussion über die Rolle der deutschen Ökonomie im internationalen Verdrängungswettbewerb, über ihre Verantwortung für weltweite Flüchtlingsbewegungen und über politische Alternativen dazu ist vonnöten, auch in den Gewerkschaften selbst.« (Ebenau 2000)

Soweit sind wir noch nicht. Noch ist der DGB der Meinung, »dass Europa nur dann eine starke Rolle in der Welt spielen könne, wenn Deutschland wieder eine Vorreiterrolle für Wachstum und Beschäftigung übernehme.« (DGB 2004) So also buchstabiert der DGB internationale Solidarität... Doch »Rassismus zu bekämpfen, heißt zuallererst Solidarisierung mit rassistisch Unterdrückten«, und das heiße auch: »gegen die eigenen Privilegien zu kämpfen« (Saladin Muhammad von Black Workers for Justice 2000).

Doch wenn es heutzutage bereits als ein Privileg betrachtet wird, ausgebeutet zu werden (ob existenzsichernd oder nicht), fällt es vielen schwer, im Namen der Solidarität auf dieses letzte Privileg zu verzichten. Andererseits gibt es aktuell auch durchaus gegenteilige Entwicklungen. So bringt die Auseinandersetzung mit *Hartz IV*, und damit dem in sehr kurzer Zeit und durchaus realistisch drohenden sozialen Absturz, viele Beschäftigte dazu, sich erstmals mit der Situation von SozialhilfeempfängerInnen aber auch MigrantInnen auseinander zu setzen. Auch in einigen Gewerkschaften – nicht nur im *Europäischen Verband der Wanderarbeiter* – zeichnet sich eine Öffnung nicht mehr nur gegenüber alteingesessenen ›Gastarbeitern‹, also inzwischen Deutschen mit Migrationshintergrund, sondern auch gegenüber MigrantInnen mit und sogar denjenigen ohne Papiere ab. Dies ist vor allem bei ver.di – zumindest vorsätzlich – der Fall, durchgesetzt auf Druck einer Personengruppe und ihrer UnterstützerInnen während des Gewerkschaftstages 2004 (siehe: Interview mit *Respect* in diesem Buch).

Doch jenseits von Presseerklärungen und medienwirksamen Verlautbarungen gehört es zur Kritik auch der ›normalen‹ Gewerkschaftsmitglieder, dass die alltägliche Realpolitik der Gewerkschaften dem nicht selten diametral entgegengesetzt ist und oft KollegInnen bei der Vertretung ihrer Interessen, in den Rücken fällt. Dies erfahren besonders Gewerkschaftsmitglieder, die nicht zu der klassischen Klientel der Kernbelegschaften gehören, immer öfter, aber auch KollegInnen eben dieser Kernbelegschaften – als aktuelles Bei-

spiel sei der Fall *Opel Bochum* genannt. Kritische, nicht nur linke KollegInnen stellen daher immer öfter die Reformierbarkeit und Demokratisierbarkeit der real existierenden Gewerkschaften in Frage und werfen die Idee von neuen, netzwerkartigen Organisationsformen aller Lohnabhängigen in den Raum. Es wäre daher naiv, den migrantischen KollegInnen Hoffnungen auf solidarische und konsequente Organisation und Interessenvertretung durch eben diese kritisierten Gewerkschaften zu machen.

Die MigrantInnen haben sich seit jeher aus der Not geboren in netzwerkartigen Communities und stadtteilorientiert organisiert, unterstützt von anderen sozialen Gruppen. Aktuell werden genau diese Strukturen als mögliche Vorbilder für die Organisation jenseits der Gewerkschaftsbürokratie diskutiert – vor allem für den Bereich prekärer Arbeit, der bekanntlich nicht nur Migrantinnen einschließt. Diese Diskussion sollte meines Erachtens zusammen mit den MigrantInnen intensiviert werden, allerdings ohne die Gewerkschaften aus ihrer Pflicht und Verantwortung zu entlassen.

Literatur

- DGB|Deutscher Gewerkschaftsbund. Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus|Berlin 2000
 EBENAU, MICHAEL|Es bleibt hoher Diskussionsbedarf. Zum Bericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB|
 In: Zeitschrift Sozialismus 7/8 vom Juli/August 2000
 HAHN, REINHARD|Eine neue rechte Jugend? Oder: Was haben Gewerkschaften, Kapitalismus und Rassismus gemein?|
 In: express 1/2000
 HARNING/MAURER|»Unsere Regeln taugen nichts!« Baustellenrazzien und Hauptzollämter: Relikte eines gescheiterten
 Umgangs mit dem »Projekt Lohndumping« am Bau. *IG BAU* internes Diskussionspapier aus dem ehrenamtlichen Bereich vom
 10. Juli 2004|<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/adblocwart1.pdf>
 IG BAU|Position der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt zur EU-Osterweiterung, Beschluss des Bundesvorstands
 vom 11. September 2000
 IZ3W|Gespaltene Solidarität. Ein Gespräch über Gewerkschaften, Rassismus und transnationale Organisation|
 In: iz3w, Ausgabe 230 vom Juli/August 1998
 LEWED, KARL-HEINZ|Ausschluss und Zwang – Migration, Rassismus und prekäre Arbeitsverhältnisse|
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/karlheinz.html>|2004
 MUHAMMAD, SALADIN VON BLACK WORKERS FOR JUSTICE|zitiert in Huckenbeck, Kirsten|Fruits of Labour. Rassismus,
 Migration und Legalisierung von »Illegalisierten«|In: express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und
 Gewerkschaftsarbeit, 4/2000
 ND|Peinlicher Rechtsausleger. Saarland-Wahl: Viele im *DGB* organisierte Arbeiter stimmten für NPD|ND vom 24.09.2004
 PTAK/VIRCHOW|Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus|In: Gewerkschaftliche
 Monatshefte 6/2001
 VAN DER LINDEN, MARCEL|Der lange Abschied. Die Zukunft der Gewerkschaften ist transnational|In: iz3w 278/279 vom
 August/September 2004